

Die Landesgartenschau ist vor dem Sparzwang sicher

Parteien nehmen zu kommunalpolitischen Fragen Stellung: »Wo muss gespart und gekürzt werden?«

Nagold. Am 7. Juni wird unter anderem der neue Nagolder Gemeinderat gewählt. In einer Artikelserie im Schwarzwälder Boten nehmen die zur Wahl antretenden Parteien Stellung zu kommunalpolitischen Themen. Heute geht es um die angespannte Haushaltssituation der Stadt Nagold und die wichtige Frage: »Wo muss gespart und gekürzt werden?«

Die CDU nimmt dazu Stellung: »Die aktuelle Weltwirtschaftskrise wirkt sich auch in Nagold mit deutlich zurückgehenden Steuereinnahmen aus. Diese Ausfälle können allenfalls in geringfügigem Umfang durch neue Schulden aufgefangen werden, weil wir lieber investieren als Zinsen für neue Schulden bezahlen wollen. Durch weitere Kürzungen bei den Sachkosten, aber auch die Verschiebung von Baumaßnahmen, die nicht für die Landesgartenschau zwingend erforderlich sind, wie der Neubau einer Stadthalle und der Um- und Ausbau des Gerichtsplatzes und der Waldachstraße, sind die Ausgaben den Einnahmen anzupassen.«

Die Meinung der FWV: »Einsparpotenziale sehen wir in den Bereichen des Verwaltungshaushaltes und des Vermögenshaushalts. In der kürzlich durchgeführten Konsolidierungsrunde wurden alle Positionen des laufenden Betriebes auf den Prüfstand gestellt. Eine Reihe von Sachausgaben wurden gekürzt oder gestrichen. Insgesamt ergab sich daraus ein sechsstelliger Betrag, der zukünftig jährlich



Die Parteien wollen die städtischen Ausgaben fest im Blick behalten.

Foto: Hofmann

eingespart werden kann. Ob auch bei den Personalausgaben gespart werden kann, ist aus unserer Sicht nicht zu beurteilen, die Verwaltung sollte dies prüfen. Im Vermögenshaushalt wurden einige Investitionen mit Sperrvermerken versehen. Wir tragen dies mit. Bei der Landesgartenschau sehen wir hingegen keine großen Einsparpotenziale.«

Die Stellungnahme der SPD:

»Wir müssen sicherlich sehr bewusst mit den Geldern der Stadt umgehen. Alle Ausgaben, insbesondere die des Verwaltungshaushaltes, müssen sehr genau auf den Prüfstand. Wir dürfen aber nicht sparen mit nicht investieren verwechseln. Notwendige Investitionen in Familie, Kinder, also in unsere Zukunft, müssen sein. Ebenso sind unseres Erachtens Investitionen in die At-

traktivität der Innenstadt und der Teilorte absolut notwendig. Wir müssen die Mittel dort investieren, wo sie in Zukunft eine Rendite für Nagold erzielen. Die Investitionen heute sind die Basis für die wirtschaftliche Situation der Zukunft.«

Die FDP schreibt dazu: »In Zeiten knapper Kassen können Ausgaben gekürzt oder Einnahmen erhöht werden.

Wir denken derzeit nicht an Erhöhungen von Gebühren oder Steuern. Vorschläge zur Ausgabenkürzung: 1. Zusammenlegung aller Bauhöfe der Verwaltungsgemeinschaft. 2. Energischeres Kostenbewusstsein im GTSZ bei bester pflegerischer Qualität, wobei mittelfristig die Trägerschaft hinterfragt werden kann. 3. Konsequente Kürzung bei Sachausgaben. Generell muss bei allen baulichen Investitionen nicht das Optimum, sondern das derzeit Machbare angestrebt werden. Zur Einnahmenverbesserung schlagen wir eine rasche Vermarktung aller für bauliche Maßnahmen vorgesehenen Flächen im Riedbrunnen und Nagold-West vor.«

Die Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen: »Aufgrund der umfangreichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in den letzten Jahren ergeben sich kaum Einsparmöglichkeiten. Es ist uns wichtig, Bildung und Kultur für alle bezahlbar und in guter Qualität zu erhalten. Viele Investitionen sind nötig, um die Gartenschau erfolgreich umzusetzen. Wir sehen allerdings in der Subventionierung der Parkhäuser Einsparpotenzial. Die Finanzierung der ersten Parkstunde verteilt auf Stadt, Handel und Dienstleister bringt Einsparungen in Höhe von bis zu 200 000 Euro. Es ist nicht einzusehen warum Parkplätze nur vom Steuerzahler finanziert werden sollen. Bauinvestitionen müssen kritisch überprüft werden (Gerichtsplatz).«